

Bebauungsplan „„Gewerbegebiet In den Wannen III – 1. Änderung“im Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) in Dischingen

Den Behörden und Stellen, die Träger öffentlicher Belange sind, wurde gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Anschreiben vom 31.07.2020 der Entwurf des Bebauungsplans und der Satzung über die örtlichen Bauvorschriften, jeweils in der Fassung vom 29.07.2020 zugesandt. Um Abgabe einer Stellungnahme bis zum 02.10.2020 wurde gebeten. Zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB wurde die Planung im Zeitraum vom 31.08.2020 bis zum 02.10.2020 öffentlich ausgelegt.

A. Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
A 1 Landratsamt Heidenheim (Schreiben vom 23.09.2020)		
A1.1 Gewerbeaufsicht	Die Planung beinhaltet den „Schallschutznachweis für den Bebauungsplan „In den Wannen III“ des Ingenieurbüros Loos und Partner vom 15.06.2020. In diesem Nachweis werden die bestehenden Betriebe hinsichtlich ihrer Lärmauswirkungen auf die nördlich gelegenen Immissionsorte bewertet sowie flächenbezogene Pegel für die Teilflächen 5 und 6 im Norden festgelegt. Für diese Flächen wird eine Ausweisung als eingeschränktes Gewerbegebiet mit einem im Nachtzeitraum um 15 dB(A) reduzierten Pegel vorgenommen. Das Gutachten wurde auf Plausibilität geprüft und war nicht zu beanstanden. Bei Beachtung der Festsetzungen im noch nicht bebauten Teil bestehen aus Sicht des Immissionsschutzes keine Bedenken.	Kenntnisnahme
A1.2 Wasser- und Bodenschutz	<u>Bodenschutz</u> In dem Textteil des Bebauungsplans ist ergänzend zum vorsorgenden Bodenschutz (§ 4 Bundesbodenschutzgesetz) folgende Nebenbestimmung aufzunehmen: Zum Schutz vor Erosion sind nichtüberbaute Flächen als Grünflächen anzulegen oder anderweitig zu begrünen (§ 9 Landesbauordnung).	<u>Beschlussvorschlag:</u> Nebenbestimmung wird ergänzend zu den Hinweisen im schriftlichen Teil aufgenommen (Ziff. II.3).

A. Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen lediglich „Flächen für Stellplätze“ eingezeichnet sind, wird davon ausgegangen, dass in Ziff. 5. folgende Formulierung beabsichtigt war:</p> <p>„Davon abweichend dürfen Stellplätze außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen auch auf den dafür festgesetzten Flächen erstellt werden.“</p> <p>Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass gegen die Errichtung von Garagen und Carports ohne Abstand zur öffentlichen Verkehrsfläche aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht Bedenken erhoben werden.</p>	
A1.5 Kreisabfallwirtschaftsbetrieb	Sollten von der Bauplanung umliegende Gebiete betroffen sein, so ist darauf zu achten, dass damit keine Einschränkungen der bestehenden Regelungen in diesem Gebiet im Hinblick auf die Abfallentsorgung (Anfahrbarkeit der Grundstücke durch die Müllfahrzeuge, Plätze für die Müllbehälter usw.) einhergehen.	Die Anfahrbarkeit der Grundstücke ist gewährleistet. Durch die Änderung des Bebauungsplans ergeben sich keine Änderungen bzgl. der Abfallentsorgung.

A. Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
A 2 Regierungspräsidium Stuttgart (Schreiben vom 10.09.2020)		
A 2.1 Abt. Raumordnung	Gemäß den textlichen Festsetzungen sind im bereits bestehenden Gewerbegebiet nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO Gewerbebetriebe aller Art – und somit auch Einzelhandelsbetriebe – zulässig. In einem Gewerbegebiet ist Einzelhandel jedoch grundsätzlich nur bis zur Grenze der Großflächigkeit zulässig. Daher ist durch entsprechende textliche Festsetzungen sicherzustellen, dass Einzelhandelsnutzungen insgesamt ausgeschlossen sind.	<p>Im Gebiet besteht bereits ein Einzelhandelsbetrieb (Getränkehandlung), der auf der Grundlage des rechtsgültigen Bebauungsplans errichtet wurde. Gegenüber befindet sich ein kleinerer Lebensmitteldiscounter.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Eine Änderung wird nicht vorgenommen.</p>

A. Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	Redaktionell merken wir an, dass es sich laut Legende der zeichnerischen Festsetzungen um ein eingeschränktes Gewerbegebiet handeln soll. Allerdings ist in der Plandarstellung sowie in den textlichen Festsetzungen lediglich ein Gewerbegebiet ohne Einschränkung festgesetzt. Wir bitten um entsprechende Korrektur.	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Legende des Zeichnerischen Teils wird korrigiert.
A 2.2 Hinweis	Wir bitten künftig – soweit nicht bereits geschehen – um Beachtung des Erlasses zur Koordination in Bauleitplanverfahren vom 10.02.2017 mit jeweils aktuellem Formblatt (abrufbar unter https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Bauen/Bauleitplanung/Seiten/default.aspx). Zur Aufnahme in das Raumordnungskataster wird gemäß § 26 Abs. 3 LplG gebeten, dem Regierungspräsidium nach Inkrafttreten des Planes eine Mehrfertigung davon - zusätzlich in digitalisierter Form - im Originalmaßstab zugehen zu lassen.	Kenntnisnahme und Beachtung
A 2.3. Abt. Straßenwesen und Verkehr (Schreiben vom 29.09.2020)	<p>Die Gemeinde beabsichtigt mit der Aufstellung des Bebauungsplans, das bestehende Gewerbegebiet westlich von Dischingen zu erweitern.</p> <p>Die Erschließung des Plangebiets soll über die bestehende Erschließungsstraße „Dossenberger Straße“ an die Landesstraße 1181 innerhalb der Ortsdurchfahrt (OD/V) erfolgen.</p> <p>Dem oben genannten Bebauungsplan kann von hier aus zugestimmt werden, wenn folgende Auflagen berücksichtigt werden.</p> <p>Gemäß § 22 Straßengesetz Baden-Württemberg sind im Abstand von 20 m keine baulichen Anlagen zulässig. Dies gilt auch für Garagen, Carports, Stellplätze, Werbeanlagen, Nebenanlagen (alle Teile) nach §§ 14 und 23 BauNVO, usw. Dies gilt ebenso für verfahrensfreie Vorhaben nach § 50 LBO. Wir bitten, dies in den</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Es handelt sich bei der vorgelegten Planung um die Änderung eines bereits rechtsgültigen Plans, dessen Gebiet bereits zu einem großen Teil bebaut ist. Daher ist die Erschließung auch längst erfolgt.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Wird als Hinweis zusätzlich in den schriftlichen Teil aufgenommen (Ziff. I.7).</p>

A. Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>schriftlichen Teil des Bebauungsplans zu übernehmen und zeichnerischen Teil des Bebauungsplans weiterhin darzustellen.</p> <p>Der Abfluss des Oberflächenwassers der Landesstraße (breitflächige Versickerung über Bankett und Böschung) ist zu dulden (§3 Wasserhaushaltsgesetz) und darf nicht behindert werden. Evtl. erforderliche Änderungen sind im Bebauungsplan darzustellen und auf Kosten der Gemeinde als Verursacher herzustellen und zu unterhalten.</p> <p>Das Zugangs, Zu- und Ausfahrverbot entlang der Landesstraße ist im zeichnerischen und schriftlichen Teil des Bebauungsplans weiterhin darzustellen.</p> <p>Bei den Pflanzabständen der geplanten Baumreihe entlang der L 1181 müssen die Vorgaben der „Richtlinien für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeugrückhaltesysteme“ (RPS) beachtet werden.</p> <p>Bei Werbeanlagen außerhalb der Bauverbotszone ist darauf zu achten, dass die Verkehrsteilnehmer auf der Landesstraße nicht abgelenkt oder geblendet werden. Falls Werbeanlagen beleuchtet werden sollen, darf die Beleuchtung nicht in einer Art und Weise erfolgen, die geeignet ist, die Verkehrsteilnehmer auf der Landesstraße zu beeinträchtigen (Tag/Nacht-Abstimmung) bzw. abzulenken.</p> <p>Vorsorglich weisen wir darauf hin, dass der Übertragung von bewegten Bildern oder bewegtem Licht auf der geplanten LED-Werbeanlage aus Gründen der Verkehrssicherheit auf der Bundesstraße nicht zugestimmt wird.</p>	<p>In diesem Bereich sind keine Änderungen vorgesehen.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Wird als Hinweis in den schriftlichen Teil aufgenommen (Ziff. I.14, Pflanzgebot)</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Wird als Hinweis in den schriftlichen Teil aufgenommen</p> <p>Kenntnisnahme</p>

A. Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
A 3 Regionalverband Ostwürttemberg (Schreiben vom 25.08.2020)	<p>Der Regionalverband Ostwürttemberg weist darauf hin, dass jegliche großflächige Einzelhandels-Nutzung im Textteil des Bebauungsplans auszuschließen ist (s. dazu Einzelhandelserlass).</p> <p>Darüber hinaus ist die Zulässigkeit des Verfahrens nach § 13a BauGB zu prüfen.</p> <p>Es bestehen keine weiteren regionalplanerischen Anmerkungen oder Bedenken.</p>	<p>Im Gebiet befindet sich bereits ein Einzelhandelsbetrieb (nicht großflächig). Großflächige Einzelhandelsbetriebe sind ohnehin nur bis zur Großflächigkeit zulässig.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Es wird ein Hinweis auf § 11 Abs. 2 der BauNVO und die Regelungen des Landes Baden-Württemberg in den schriftlichen Teil aufgenommen.</p> <p>Das gewählte Verfahren ist zweifelsfrei zulässig, weil es sich um die Änderung eines bereits rechtsgültigen Bebauungsplans handelt, der bereits zu einem großen Teil bebaut ist (vgl. z.B. Ulrich Kuschnerus „Der sachgerechte Bebauungsplan – Handreichungen für die kommunale Planung“, VHW Verlag, Bonn 2010). Die in § 13a genannten Höchstwerte sind nicht überschritten.</p> <p>Keine Änderung veranlasst.</p> <p>Kenntnisnahme</p>

A. Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
A 4 Regierungspräsidium Freiburg, LGRB (Schreiben vom 23.09.2020)		
A 4.1 Geotechnik	<p>Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein ingenieurgeologisches Übersichtsgutachten, Baugrundgutachten oder geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros.</p>	Kenntnisnahme

A. Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>Andernfalls empfiehlt das LGRB die Übernahme der folgenden geotechnischen Hinweise in den Bebauungsplan:</p> <p>Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Ausstrichbereich der Gesteine der Mergelstetten-Formation (Oberjura), welche überwiegend von Holozänen Abschwemmmassen mit einer zu erwartenden Mächtigkeit im geringen Meterbereich überlagert werden.</p> <p>Mit lokalen Auffüllungen vorangegangener Nutzungen, die ggf. nicht zur Lastabtragung geeignet sind, ist zu rechnen. Die Holozänen Abschwemmmassen neigen zu einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens.</p> <p>Verkarstungserscheinungen (offene oder lehmerfüllte Spalten, Hohlräume, Dolinen) sind nicht auszuschließen. Sollte eine Versickerung der anfallenden Oberflächenwässer geplant bzw. wasserwirtschaftlich zulässig sein, wird auf das Arbeitsblatt DWA-A 138 (2005) verwiesen und im Einzelfall die Erstellung eines entsprechenden hydrologischen Versickerungsgutachtens empfohlen. Wegen der Gefahr der Ausspülung lehmerfüllter Spalten ist bei Anlage von Versickerungseinrichtungen auf ausreichenden Abstand zu Fundamenten zu achten.</p> <p>Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizontes, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung, bei Antreffen verkarstungsbedingter Fehlstellen wie z. B. offenen bzw. lehmerfüllten Spalten) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.</p>	<p><u>Beschlussvorschlag:</u> Hinweis wird als solcher in den schriftlichen Teil übernommen (Ziff. II.7).</p>

A. Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
A 4.2 Boden	Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.	Kenntnisnahme
A 4.3 Mineralische Rohstoffe	Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.	Kenntnisnahme
A 4.4 Grundwasser	Das Plangebiet liegt in der Zone III des rechtskräftigen Wasserschutzgebietes für die Wasserfassungen im Egautal, Dischingen, ZV Landeswasserversorgung Stuttgart (LUBW-Nr. 2). Hierauf ist in der Begründung zum Bebauungsplan bereits hingewiesen. Aus hydrogeologischer Sicht sind zur Planung keine weiteren Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.	Kenntnisnahme
A 4.5 Bergbau	Die Planung liegt nicht in einem aktuellen Bergbaugebiet. Nach den beim Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau vorliegenden Unterlagen ist das Plangebiet nicht von Altbergbau oder Althohlräumen betroffen.	Kenntnisnahme
A 4.6 Geotopschutz	Im Bereich der Planfläche sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.	Kenntnisnahme
A 4.7 Allgemeine Hinweise	Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (http://www.lgrb-bw.de) entnommen werden. Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop- Kataster) abgerufen werden kann.	Kenntnisnahme

A. Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
A 5 Gemeinsame Stellungnahme vom Arbeitskreis HDH des Landesnaturschutzverbands Ba.-Wü. e.V: und vom NABU-Kreisverband HDH (Schreiben vom 08.08.2020)	<p>Aus Artenschutzsicht haben wir keinerlei Einwände vorzubringen.</p> <p>Indes verweisen wir auf unsere gemeinsame Stellungnahme vom 28.06.2019 zur Fortschreibung 2030 des Flächennutzungsplans 2020 der Gemeinde Dischingen, dass für geplante bauliche Eingriffe der Gemeinde vorgezogene Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (cef), welche ggf. auch auf ein Ökokonto anrechenbar wären, umgesetzt werden sollten. Entsprechende naturschutzfachliche Vorschläge zur Diskussion haben wir mit o.g. Schreiben bereits eingebracht (siehe Anlage).</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Es handelt sich um die Änderung eines bereits rechtskräftigen Bebauungsplans. Eine zusätzliche Ausgleichsverpflichtung entsteht nicht. Die Stellungnahme enthält keine Belange, die den vorliegenden Plan unmittelbar betreffen.</p>

A. Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
A 6 GASCADE Gastransport GmbH (Schreiben vom 07.08.2020)	<p>Wir antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber WINGAS GmbH, NEL Gastransport GmbH sowie OPAL Gastransport GmbH & Co. KG.</p> <p>Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass unsere Anlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht betroffen sind. Dies schließt die Anlagen der v. g. Betreiber mit ein.</p> <p>Bitte richten Sie Ihre Anfragen zu Leitungsauskünften zukünftig direkt an das kostenfreie BIL-Onlineportal unter: https://portal.bil-leitungsauskunft.de</p> <p>Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass sich Kabel und Leitungen anderer Betreiber in diesem Gebiet befinden können. Diese Betreiber sind gesondert von Ihnen zur Ermittlung der genauen Lage der Anlagen und eventuellen Auflagen anzufragen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Die Anfrage erfolgt weiterhin direkt. Die Anlagenbetreiber werden deshalb beteiligt, um eine Beeinträchtigung <u>auch von geplanten</u> Anlagen im Vorfeld zu vermeiden.</p> <p>Kenntnisnahme</p>

[illegible]

A. Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
A 8 Industrie- und Handelskammer GmbH (Schreiben vom 22.09.2020)	<p>Für die Teilfläche 2 besteht der konkrete Bauwunsch der [REDACTED] nach einer Halle mit Kranbahn. Um dies zu ermöglichen, ist eine Erhöhung der möglichen Gebäudehöhen von bisher 9,00 m auf ca. 12,50 m geplant.</p> <p>Die [REDACTED] Personentransporte, die ihren Betriebssitz auf der benachbarten Teilfläche 3 hat, sieht sich als direkter Angrenzer durch die geplante Erhöhung der zulässigen Gebäudehöhe stark beeinträchtigt. So z. B. durch geringeren Lichteinfall und stärkere Schattenbildung, aber auch in der weiteren Bebauung und Nutzung des Betriebsgrundstücks und der Betriebsleiterwohnung. Die [REDACTED] beruft sich auf den Vertrauens- und Bestandsschutz und ist beim Bau des eigenen Betriebsgebäudes im Jahr 2011 von einer maximal zulässigen Gebäudehöhe von 9,00 m ausgegangen. Lt. eigener Aussage der [REDACTED] hätte sie das Betriebsgebäude aufgrund zu starker</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>In nebenstehendem Sachverhalt kann keine Betroffenheit nachbarschützender Belange erkannt werden. <u>Beschlussvorschlag:</u> Die Erhöhung der maximal zulässigen Gebäudehöhe wie geplant wird beibehalten.</p>

A. Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>Einschränkungen nicht gebaut, wäre ihr bekannt gewesen, dass die zulässige Gebäudehöhe erhöht werden soll.</p> <p>Die IHK Ostwürttemberg regt deshalb an, dass die Gemeinde Dischingen, das Ingenieurbüro [REDACTED] und die betroffenen Betrieben Gespräche führen, mit dem Ziel, eine Kompromisslösung herbei zu führen. Selbstverständlich steht die IHK Ostwürttemberg für diese Gespräche auch zur Verfügung, gerne auch in unserem Haus.</p>	

A. Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
<p>A 9 Netzgesellschaft Ostwürttemberg GmbH (Schreiben vom 30.09.2020)</p>	<p>Im südlichen Bereich des Bebauungsplans verlaufen unsere 20-kV-Kabeln. Wir bitten Sie, die in unmittelbarer Nähe und im Geltungsbereich des Bebauungsplans vorhandenen elektrischen Versorgungsanlagen in Ihre Planung zu übernehmen. Ferner bitten wir um die Ausweisung eines Schutzstreifens von jeweils 0,5m links und rechts der Leitungsachse. Im Textteil des Bebauungsplans ist folgende Formulierung erforderlich:</p> <p><i>Innerhalb des Schutzstreifens dürfen Baulichkeiten nicht erstellt, leitungsgefährdende Verrichtungen nicht vorgenommen, Anpflanzungen und Anlagen nicht gehalten werden, durch welche der Bestand oder der Betrieb der Versorgungsleitung beeinträchtigt oder gefährdet wird.</i></p> <p>Sollten Sie unseren Leitungsbestand in elektronischer Form benötigen, wenden Sie sich bitte an unsere Mitarbeiter der Planungsankunft (planauskunft@odr.de). Bei Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.</p>	<p>Die Leitungen liegen außerhalb des Geltungsbereichs</p> <p>Ein Leitungsrecht kann nicht ausgewiesen werden, weil dies eine nachträgliche Beeinträchtigung der Grundstückseigentümer bedeutet.</p>

A. Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
A 10 Handwerkskammer Ulm (Schreiben vom 30.09.2020)	die Handwerkskammer Ulm hat zum aktuellen Verfahrensstand keine grundsätzlichen Bedenken und Anregungen vorzutragen. Die Handwerkskammer Ulm begrüßt ausdrücklich, dass die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, dass Handwerksunternehmen ihren Betrieb erweitern können.	Kenntnisnahme

A. Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
A 11 Polizeipräsidium Ulm (Schreiben vom 07.09.2020)	Im Rahmen des gesetzlichen Anhörungsverfahrens hat sich das Polizeipräsidium Ulm zu diesem Bebauungsplan bereits gegenüber dem Landratsamt Heidenheim geäußert. Von dort ergeht eine gemeinsame Stellungnahme.	Kenntnisnahme

B. Privatpersonen	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	Äußerungen von Privatpersonen liegen nicht vor.	---

Keine Anregungen wurden von folgenden Trägern öffentlicher Belange vorgebracht (eingegangene Stellungnahmen ohne Einwendungen)	
Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	Schreiben vom 31.07.2020
Terranets bw GmbH	Schreiben vom 31.07.2020
Zweckverband Landeswasserversorgung	Schreiben vom 03.08.2020
TransnetBW GmbH	Schreiben vom 07.08.2020
Gemeinsame Dienststelle Flurneuordnung und Landentwicklung Ostalbkreis/ Landkreis Heidenheim	Schreiben vom 11.08.2020
Zweckverband Wasserversorgung Egaugruppe	Schreiben vom 14.08.2020
Unitymedia/ Vodafone	Schreiben vom 07.09.2020
Telefonica o2	Schreiben vom 15.09.2020
Abwasserzweckverband Härtsfeld	Schreiben vom 25.09.2020
Stadt Neresheim	Schreiben vom 30.09.2020
Verwaltungsgemeinschaft Syrgenstein: Zöschingen, Bachhagel	Schreiben vom 01.10.2020, 12.10.2020
Vermögen und Bau Baden-Württemberg, Amt Schwäbisch Gmünd	Schreiben vom 02.10.2020
Keine Stellungnahme wurde von folgenden Trägern öffentlicher Belange abgegeben	
Forstbetrieb Blauwald GmbH & Co. KG	
Gemeinde Nattheim	
Verwaltungsgemeinschaft Ries	
Verwaltungsgemeinschaft Wittislingen	
Wasserverband Egau	

Aufgestellt: Giengen, den 29.10.2020

G+H Ingenieurteam GmbH, Heidenheimer Straße 3, 89537 Giengen an der Brenz

Beschlussanträge:

1. Beschluss zur Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen:

„Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander werden die zum Entwurf des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet In den Wannen III – 1. Änderung“ und zum Entwurf der örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 29.07.2020 im Rahmen der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und des Beteiligungsverfahrens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen entsprechend der Anlage abgewogen. Die Verfasser der Stellungnahmen werden vom jeweiligen Ergebnis der Abwägung benachrichtigt.“

2. Satzungsbeschlüsse

„Der Bebauungsplan „Gewerbegebiet In den Wannen III – 1. Änderung“ in der Fassung vom 29.07.2020/16.11.2020 wird nach § 10 Baugesetzbuch (BauGB) und § 4 Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) als Satzung beschlossen. Die zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 29.07.2020/16.11.2020 werden nach § 74 Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO) und § 4 GemO als selbständige Satzung beschlossen.“

Jakl
Bürgermeister

G:\DATEN\19xx082\Verfahren_E\200801 Abwägung_E_Wannen_Aenderung.doc